

Dein Feind, der Server

Russland führt elektronische Wehrerfassung ein. Wer sich drückt, wird bestraft. Laut Regierung keine Mobilisierung geplant. **Von Reinhard Lauterbach**

Die russische Staatsduma hat am Dienstag die Einführung einer digitalen Wehrerfassung gebilligt. Die Abgeordneten verabschiedeten unmittelbar nacheinander in zweiter und dritter Lesung eine Reihe von Änderungen, die auf diese Weise so schnell wie möglich in Kraft treten sollen. Die Unterschrift von Präsident Wladimir Putin unter der Novelle gilt als Formsache. Er hatte die Umstellungen selbst im Herbst 2022 in die Wege geleitet, nachdem die erste Teilmobilisierung die Fehleranfälligkeit des bisherigen Erfassungssystems vor Augen geführt hatte.

Die Neuerung verlangt von den zu Erfassenden keine persönliche Mitwirkung. Vielmehr werden Daten zusammengefasst, die bereits bei verschiedenen staatlichen Instanzen ohnehin vorhanden sind: bei Meldebehörden und Polizei, Bildungseinrichtungen und Finanzämtern oder der Sozialversicherung. Kern der Änderung ist die Einführung eines elektronischen Einberufungsbescheids. Er soll die gleiche Rechtskraft besitzen wie das bisherige Papierdokument und dem Einzuberufenen in sein Postfach bei dem bereits bestehenden digitalen Portal für Staatsdienstleistungen zugestellt werden. Die Zustellung gilt nach sieben Tagen als rechtswirksam, egal, ob der Betreffende die Mitteilung geöffnet hat. Im Anschluss hat sich der Angeschriebene innerhalb einer Woche auf dem »Wehrkommissariat« zu melden.

Auf diese Weise wollen die russischen Behörden eine verbreitete Form passiven Widerstands umgehen, wie sie als Reaktion auf die erste Mobilisierungswelle im Herbst 2022 zutage getreten ist: dass Wehrpflichtige zum Beispiel nicht unter ihrer offiziellen Meldeanschrift auffindbar sind oder dem Briefträger mit dem Einberufungsbescheid nicht die Tür öffnen.

Solches »Untertauchen« wird jetzt schwieriger. Mit der Zustellung des Einberufungs- oder auch nur Erfassungsbescheides soll den Betroffenen auch die Ausreise aus Russland bis zur »Klärung des Sachverhalts« versperrt

das Recht, ein Gewerbe anzumelden – bei abhängig Beschäftigten ist ohnehin der Betrieb verpflichtet, als Hilfsorgan der Wehrerfassung zu wirken und die Einberufungsbescheide auszuhändigen –, oder die Fähigkeit, einen Kredit

zur Musterung erforderlich sein – eine sogenannte Entbürokratisierung. Dass etwas mehr dahinterstecken dürfte, geht daraus hervor, dass Parlamentspräsident Wjatscheslaw Wolodin einen kommunistischen Abgeordneten, der



Gemustert und für tauglich befunden: Wehrkommissariat auf der Krim (Simferopol, 6.4.2023)

sein. Die nun geschlossene Gesetzeslücke hatte 2022 dazu geführt, dass sich vermutlich mehrere Hunderttausend junge Männer über die noch ohne Visum offenen Grenzen in Nachbarländer Russlands wie Kasachstan oder Georgien absetzen konnten.

Wer sich der Einberufung bzw. Vorladung beharrlich entzieht, muss nach den neuen Vorschriften mit Einschränkungen im bürgerlichen Alltag rechnen: Er verliert seinen Führerschein,

zu bekommen. Bei beharrlicher Weigerung drohen auch Geld- oder Haftstrafen. Kriegsdienstverweigerung ist in Russland rechtlich nicht vorgesehen. Der Militärdienst gilt als »nationale Ehrenpflicht«.

Die neuen Maßnahmen dienen für ihre Befürworter der sozialen Gerechtigkeit und vermindern die Gefahr von Korruption im Prozess der Wehrerfassung. Außerdem werde die persönliche Anwesenheit des Erfassten nur noch

sich weigerte, der Vorlage zuzustimmen, als »Saboteur« abkanzelt. Was die russischen Behörden kategorisch bestreiten, ist die Vermutung, vor dem Hintergrund der Neuerungen werde eine neue Mobilisierungswelle vorbereitet. Tatsache ist aber auch deren Vereinfachung, wenn sie zu einem künftigen Termin beschlossen wird. In der Ukraine sind ähnliche Maßnahmen in Vorbereitung, aber noch nicht endgültig umgesetzt.

Eskalation der Gewalt

Ecuador: Massaker an Grenze zu Kolumbien. Amtsenthebungsverfahren gegen Lasso läuft

Nach einem Massaker in einem Fischereihafen in der an Kolumbien grenzenden ecuadorianischen Provinz Esmeraldas verstärkt die Opposition ihren Druck auf Ecuadors Präsidenten Guillermo Lasso. Mindestens 20 schwerbewaffnete Männer waren am Dienstag (Ortszeit) in Booten und Taxis in das Lagerhausgebiet am Hafen gekommen und hatten auf Fischer und Händler geschossen, wie die ecuadorianische Zeitung *El Comercio* berichtete. Neun Menschen starben bei dem Angriff. Nach Einschätzung von Innenminister Juan Zapata ging es den Tätern darum, »die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen«, berichtete die Tageszeitung *El Universo*. Die Einwohner nannten »Armut, Arbeitslosigkeit und staatliche Vernachlässigung« als Ursachen für die Gewalt. Damit könnten Lassos Tage an der Spitze des Staates gezählt sein. Erst am Montag hatte ein Parlamentsausschuss die Aufnahme von 49 Beweisstücken in ein gegen ihn laufendes Amtsenthebungsverfahren wegen Korruption genehmigt.

Im März vergangenen Jahres hatte Lasso den Ausnahmezustand über die

Provinz verhängt, weil »die Sicherheit in diesem Küstengebiet nicht gewährleistet« sei. Er begründete die Entscheidung unter anderem damit, dass die Kriminalität im Zusammenhang mit dem Drogenhandel in der Region zugenommen habe. Tatsächlich hat sich das südamerikanische Land unter dem neoliberalen Lasso und seinem Vorgänger Lenín Moreno zu einem Umschlagplatz für Drogenlieferungen nach Europa und in die USA entwickelt. Verschiedene Banden kämpfen um die Vorherrschaft. Inmitten der größten Sicherheitskrise in der Geschichte des Landes hatte der rechte Staatschef in der vergangenen Woche auch noch ein Dekret erlassen, das allen Bürgern das Tragen von Waffen erlaubt.

Mittlerweile gehört Ecuador zu den gefährlichsten Ländern der Region. Die Mordrate stieg allein im vergangenen Jahr von 14 auf 25 Getötete pro 100.000 Einwohner. Das ist die höchste in der Geschichte des Landes. Esmeraldas gilt mit 63 Morden pro 100.000 Einwohner als gewalttätigste Provinz. Die Zunahme der Gewalt be-

trifft mittlerweile alle Lebensbereiche. Die Feministische Allianz für die Erfassung von Femiziden (La Alianza Feminista para el Mapeo de Femicidios) prangerte an, dass es im vergangenen Jahr 332 Femizide im Land gab und in Ecuador alle 26 Stunden eine Frau ermordet wurde. Wie die Agentur *Prensa Latina* unter Berufung auf die Präsidentin der Stiftung Fundación Aldea, Geraldine Guerra, meldete, sind in den ersten Monaten des Jahres 2023 bereits mehr als 70 Morde an Frauen registriert worden.

Unter dem linken Präsidenten Rafael Correa (2007–2017) war Ecuador dank zahlreicher Sozialprogramme und durch das von seiner Regierung durchgesetzte Verbot, Waffen zu tragen, zum zweit sichersten Land Lateinamerikas nach Kuba geworden. Gewerkschaften und soziale Organisationen werfen Lasso jetzt Mitschuld an der zunehmenden Gewalt vor. Der Vorsitzende der »Konföderation der indigenen Nationalitäten Ecuadors« (Conaie), Leonidas Iza, warnte, dass durch das freie Tragen von Waffen paramilitärische Gruppen begünstigt würden. Lasso erfülle damit

»einen alten Wunsch der Eliten nach sozialer Kontrolle und ist für das Blutbad in Ecuador« verantwortlich.

Volker Hermsdorf

Südkorea: Nach Leaks Unmut gegenüber USA

Seoul. Die Veröffentlichung mutmaßlich geheimer Dokumente von US-Stellen sorgt auch in Südkorea für Unruhe. Die USA hätten ihre Bereitschaft geäußert, in dieser Angelegenheit vollständig mit seiner Regierung zusammenzuarbeiten, sagte Südkoreas Außenminister Park Jin laut der nationalen Nachrichtenagentur *Yonhap* am Mittwoch. Park spielte auf die durch das Leck aufgekommenen Abhörvorwürfe gegen die USA an. Das Büro des Präsidenten Yoon Suk Yeol hatte die Abhörverdächtigungen am Dienstag als »absurd und falsch« bezeichnet. Park betonte jedoch am Mittwoch vor Abgeordneten, dass »jetzt die Erforschung des Sachverhalts von äußerster Wichtigkeit ist«. Es gebe kein Thema, das mit den USA nicht besprochen werden könne. Abhöraktionen seien an sich schon problematisch, und die Regierung werde prüfen, ob es nötig sei, »die USA um angemessene Maßnahmen zu bitten«.

(dpa/iW)

Kiew: Straße wird doch nicht nach Nazi benannt

Kiew. Nachdem Israels Botschafter in der Ukraine bei Bürgermeister Witali Klitschko interveniert hat, wird die Prschewalski-Straße in Kiew nicht nach einem Nazikollaborateur umbenannt. Dies teilte Michael Brodsky am späten Dienstag nachmittag via Twitter mit. Zuvor hatte der Direktor des Ukrainischen Jüdischen Komitees, Eduard Dolinski, gegenüber der *Jerusalem Post* erklärt, der Kiewer Stadtrat wolle die heutige Prschewalski-Straße in der ukrainischen Hauptstadt nach Wolodimir Kubijowitsch umbenennen. Er war während der Naziherrschaft maßgeblich an der Bildung der Waffen-SS-Division »Galizien« aus ukrainischen Freiwilligen beteiligt. Dolinski erklärte, dass es noch bis zum 16. April eine öffentliche Abstimmung über die Umbenennung geben sollte. Sobald diese abgeschlossen gewesen wäre, hätte der Stadtrat über die Umbenennung in Kubijowitsch-Straße abgestimmt.

(iW)

Aus dem jungen Welt-Shop

Wladimir Iljitsch Lenin:

»Staat und Revolution«

Herausgegeben und kommentiert von Wladislaw Hedeler und Volker Külöw sowie Manfred Neuhaus
Verlag 8. Mai, 24,90 € (zzgl. Versand)



»Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«

Herausgegeben von Wladislaw Hedeler und Volker Külöw
Verlag 8. Mai, 24,90 € (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt-shop.de

Erhältlich auch im jungen Welt-Laden

Torstr. 6, 10119 Berlin • Öffnungszeiten: Mi–Fr, 13–18 • Tel.: 0 30/53 63 55 68